

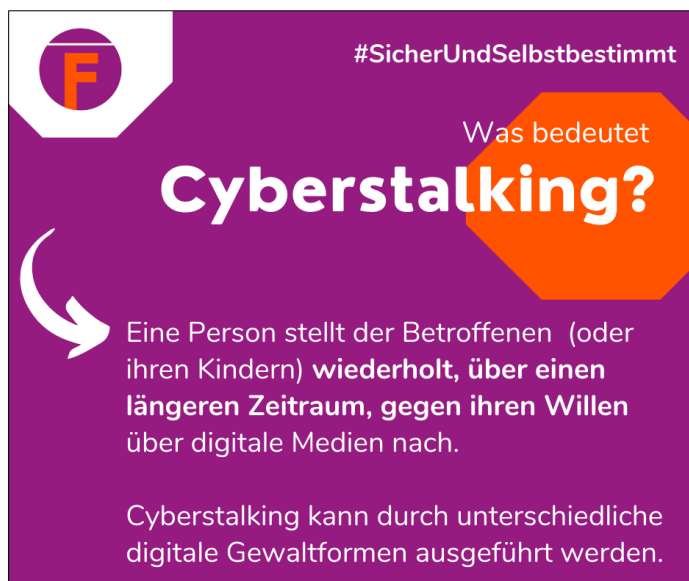
Pressemeldung: Digitale Gewalt ernst nehmen – Frauen schützen und unterstützen

Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) klärt mit der Themenreihe #SicherUndSelbstbestimmt über digitale Gewalt in Partnerschaften auf.

Berlin, 09.08.2022. Informieren, schützen, unterstützen. Das sind die Ziele der Themenreihe #SicherUndSelbstbestimmt, mit der FHK in den kommenden zwei Monaten in sozialen Medien zum Thema digitale Gewalt sensibilisieren und aufklären möchte. Digitale Gewalt wirkt sich massiv auf die Lebensqualität und die Sicherheit Betroffener aus und durchdringt oft alle Lebensbereiche. In Partnerschaften sind besonders häufig Frauen und ihre Kinder betroffen.

Heimliche Handyüberwachung und Ortung, Cyberstalking, die Verbreitung intimer Fotos oder der Missbrauch von Online-Profilen – digitale Gewalt hat viele Formen. „Wer bei digitaler Gewalt ausschließlich an Hatespeech und Angriffe auf öffentliche Personen denkt, übersieht: Digitale Tools und Plattformen werden inzwischen auch häufig in privaten Beziehungen genutzt, um gerade Frauen zu kontrollieren, zu überwachen oder unter Druck zu setzen“, erklärt Theresa Eberle, Projektleiterin des Projektes „Schutz vor digitaler Gewalt unter Einbeziehung der Datensicherheit im Frauenhaus“, gefördert vom BMFSFJ. So verzeichnet das Hilfefestelefon Gewalt gegen Frauen für das Jahr 2021 einen deutlichen Anstieg um 18 % von Anfragen, die im Zusammenhang mit digitaler Gewalt stehen.¹

Häufig ist Frauen und Kindern lange Zeit nicht bewusst, dass sie betroffen sind – und häufig sind keine geeigneten Anlaufstellen für digitale Straftaten bekannt oder überhaupt vorhanden. Auch



#SicherUndSelbstbestimmt

Was bedeutet
Cyberstalking?

Eine Person stellt der Betroffenen (oder ihren Kindern) **wiederholt, über einen längeren Zeitraum, gegen ihren Willen** über digitale Medien nach.

Cyberstalking kann durch unterschiedliche digitale Gewaltformen ausgeführt werden.

Frauenhäuser und Fachberatungsstellen stoßen hier regelmäßig an Grenzen. Denn anders als physische Gewalt stoppen digitale Übergriffe nicht automatisch vor den Türen der Schutzräume und erfordern im Umgang oftmals hohe technische und mediale Kompetenz.

„Was einmal im Internet gelandet ist, kann jahrelang immer wieder an unterschiedlichen Fundstellen auftauchen. Gleichzeitig ist der Verzicht auf Handy, Social Media & Co. in unserem Alltag keine praktikable Lösung, wenn wir am gesellschaftlichen Leben teilhaben

¹ Hilfefestelefon (2021): *Das Jahr 2021 in Zahlen*, URL: https://www.hilfefestelefon.de/fileadmin/content/04_Materialien/1_Materialien_Bestellen/Jahresberichte/2021/Hilfefestelefon_GewaltgegenFrauen_Das-Jahr-2021-in-Zahlen_web.pdf [letzter Aufruf: 27.07.2022].



wollen.“, betont Nathalie Brunneke, Referentin für Schutz vor digitaler Gewalt. Zu den wirksamsten Maßnahmen zur Prävention zählen daher ein bewusster Umgang mit digitalen Medien und smarten Geräten. „Bildschirm Sperren, sichere Passwörter, Safer Sexting und getrennte Accounts in Partnerschaften – ein bewusster Umgang mit digitalen Tools ist das A und O. Dazu wollen wir mit unserer Aufklärungsreihe beitragen.“

Zahlreiche Tipps und Informationen zu digitaler Sicherheit und Schutz vor digitaler Gewalt veröffentlicht FHK in den kommenden Wochen bei [Twitter](#) und [Facebook](#).

Medienkontakt:

Nathalie Brunneke

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Projekt Schutz vor digitaler Gewalt und Datensicherheit

Tel.: 0157 83 464 160 | E-Mail: brunneke@frauenhauskoordinierung.de

Über Frauenhauskoordinierung e.V.: Frauenhauskoordinierung e. V. (FHK) wurde auf Initiative der Wohlfahrtsverbände (AWO Bundesverband e. V., Diakonie Deutschland, Der Paritätische Gesamtverband, Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e. V./Deutscher Caritasverband e. V.) gegründet, um sich im Auftrag der Mitglieder für den Abbau von Gewalt gegen Frauen und für die Verbesserung der Hilfen für betroffene Frauen und deren Kinder einzusetzen. FHK koordiniert, vernetzt und unterstützt das Hilfesystem, fördert die fachliche Zusammenarbeit und bündelt Praxiserfahrungen, um sie in politische Entscheidungsprozesse sowie in fachpolitische Diskurse zu transportieren.